

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 2mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 2.80 M., viertelj. 11.40 M. Durch die Post monatl. 3.00 M., viertelj. 12.00 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsbrägern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 S.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: Die 4 mm breite Reklametexte 003, die 6 mm breite Reklametexte 2.-A.; anwerbe: 75 S. bezw. 4.-A., Russland 2.- bezw. 6.- A. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 A. pro 1000.

Nummer 236

Freitag, 21. Mai 1920.

74. Jahrgang

Bekanntmachung.

Mitteilung der Hohen interalliierten Rheinland-Kommission.

Die deutschen Behörden bekämpften in letzter Zeit, das verkehrte Reichs- und Staatsgesetz, deren Verfügungen im Gegensatz zu den Interessen der rheinischen Bevölkerung stehen, im besonderen die Verfügungen des Ein- und Ausfuhrgesetzes ihre Anwendung in den rheinischen Gebieten auf Anordnung der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission gesunden hätten. Letztere hätte diesen Anordnungen zugestimmt und dafür die volle Verantwortung übernommen. Diese Behauptungen beruhen auf einer wahrscheinlich absichtlich gewollten Unge nauigkeit.

Der Hohe Kommissar der französischen Republik gibt hierdurch bekannt, daß die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission den deutschen Behörden amtlich mitgeteilt hat, die D. F. R. habe, was die Anwendung der deutschen Gesetze im besetzten Gebiet anbetrifft, nur dann einzuschreiten, wenn dieselben irgend eine Gefährdung der Sicherheit der Armee bilden.

Die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission kann in keiner Weise der Anwendung derartigen Gesetze, denen sie sich nicht widersetzen kann, ihre Zustimmung erteilen. Uebrigens wird momentan, von seiten der alliierten Regierungen, das Recht der Anwendung von verschiedenen dieser Anordnungen bestritten, weil sie nicht mit den Verfügungen des Friedensvertrages übereinstimmen. 19493

Eine Rede des Marshalls Foch.

In der Jahresversammlung der Vereinigung ehemaliger Schüler der Polytechnischen Schule in Paris hat Marshall Foch den Vorkis gehalten und eine Rede gehalten, die das führende nationalpolitische Organ, das „Echo de Paris“, als Leitartikel veröffentlicht. Der Marshall sprach zunächst von der herrlichen Rolle, die die Schule und ihre Schüler in der Vorbereitung des Krieges und während des Krieges gespielt habe und wies dann den errungenen Sieg. Trotz all seiner Größe vermöge der Sieg nur teilweise die Zukunft zu sichern. Jetzt gelte es den wirtschaftlichen Kampf der Nationen auf dem Gebiete der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels, und dafür sei die Verbindung mit der Wissenschaft unentbehrlich, die dem Deutschland von 1914 eine so gewaltige Produktionsleistung verschafft habe und die Deutschland noch immer auf wirtschaftlichem Gebiet fürchtbar mache. Dann fuhr der Marshall fort:

Ein zweiter Teil des Friedensprogramms ist die Vorbereitung auf den Krieg. Gewiß haben wir ein Gefühl zu dem Gedanken geführt, Einrichtungen zu schaffen, die dazu bestimmt sind die Wiederkehr des schlimmen Krieges zu verhüten. Aber wir erwarten, daß diese Einrichtungen wirksam werden, indem wir insbesondere darauf warten, die wohlthätigen Wirkungen ihrer tatsächlichen Macht zu fühlen, sind wir wohl genötigt, zunächst auf uns selbst zu zählen, um unsere Verteidigung zu sichern und die Heeresmacht zu erhalten, die unsere Freiheit sichert. Und wie sollten wir auch als unmittelbare Nachbarn nicht einer Nation misstrauen, die, von Napoleon zur vollständigen Ohnmacht geführt, sich aus dem Unklug wieder erheben und durch ihren kriegerischen Eifer nicht allein ihre wiederhergestellten Heere, sondern die Heere des verbündeten Europas nach Paris zu führen vermochte, zum völligen Sturz des ungeheuren napoleonischen Reiches? Einer Nation, die von den Stämpfen Ostpreußens ausgegangen, es verstanden hat, ihre Macht durch einen immer weiter getriebenen und planmäßig entwickelten Militarismus weit über den Rhein hinaus auszudehnen, bis zu den Höhen der Maas, zu den Südpazifen, zu den Alpen und den böhmischen Bergen, indem sie den Krieg als nationale Industrie und die Gewalt als Recht betrieb. Wer von uns könnte glauben, daß Deutschland nach seinem Zusammenbruch auf den Krieg verzichten würde. Deutschland, das lediglich aus Ehrgeiz 1804, 1806, 1870 und 1914 zu den Waffen gegriffen hat, indem es geschichtliche Notwendigkeiten als Grund angab. So werden die Nachbarn Deutschlands, ob sie wollen oder nicht gezwungen sein, noch eine keltische Armee an unterhalten, ebenso wie sie gezwungen sein werden, feste (robustes) Grenzen zu erhalten denn über die atomistischen Gedanken der zivilisierten Menschheit hinaus gibt es die von der Geschichte anerkannten Wirklichkeiten, die Regieren der Rasse, und die Weltkulturen der Geographie. Die militärische Laufbahn gewährt einer eifrigen Jugend noch eine glänzende Zukunft, wenn sie es versteht über die Tauglichkeit der Friedenszeit hinauszusehen und mit der Welt und Kraft ihres Geistes immer ausgedehntere Studien zu umfassen und sich den immer neuen Bedingungen anzupassen, die der Krieg mit sich bringt.

Marshall Foch schilderte dann die bedeutende Rolle, die im Weltkrieg die neuen Waffen und das Maschinenwesen gespielt haben, und meinte, daß diese Umwälzung nicht abschreckend sei für ein Land mit beschränkter Bevölkerung wie Frankreich, das aber durch die Entwicklung seiner geistigen Tätigkeit befähigt sei die militärische Ueberlegenheit durch die Ueberlegenheit der Bewaffnung zu erreichen.

Der polnisch-russische Krieg.

nr. Warschau, 20. Mai. Der polnische Generalstab meldet: Im Abschnitt der oberen Berezina machte der Feind mit frischen Truppen wiederholt heftige Angriffe. Trotz der Gewalt, mit der die überlegenen feindlichen Kräfte angriffen, hielten die Abteilungen der dritten Division nicht nur stand, sondern gingen zum Gegenangriff über und brachten dem Feind empfindliche Verluste bei. Auf der übrigen ukrainischen Front ist alles ruhig.

„Daisa Telegraph“ meldet aus Moskau: Ein Aufruf Lenins „An alle!“ schildert die Gefahr, in die Sowjetrußland durch die vom Jaune gebrochene Offensive der polnischen Armee geraten sei, und fordert zum offenen Widerstand und zur Sammlung aller Kräfte auf. In Petersburg und Moskau wurden viele Fabriken geschlossen, die Arbeiter bewaffnet und zum Widerstand an die Front geschickt.

Südtirol und Oesterreich.

nr. Wien, 20. Mai. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, sprach sich in einer Versammlung der amerikanischen Oberst Emerson für die Rückgabe Deutschsüdtirols aus. Emerson erklärte ferner: Er wie Hoover seien der Ansicht, daß der Anschluss Deutschsüdtirols an Deutschland die einzig sinnbare Lösung des Wirrwarrs in Mitteleuropa sei. Auch die amerikanische Regierung nehme in letzter Zeit eine ähnliche Stellung ein. Die Versammlung schloß mit einer erhebenden Kundgebung für den Anschluss ganz Tirols an Deutschland.

Die Streiflage in Frankreich.

Der Streik in Frankreich ist weiterhin im Abklingen. Die Regierung verteidigte sich gestern in der Kammer gegen Vorwürfe des Sozialisten Casin. Wie der „Temps“ erzählt, hat die gewerkschaftliche Internationale beim Ministerpräsidenten Millerand Protest gegen die Strafverfolgung des französischen Gewerkschaftsbundes erhoben.

Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Paris 21. Mai. Gestern nachmittag haben in Paris die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Hier tagen angesehene Vertreter wirtschaftlicher Verbände aus Amerika, Frankreich und Italien, um einen Welt Handelskongress vorzubereiten, an dem später auch die neutralen Staaten und die Staaten Mitteleuropas teilnehmen sollen.

Madrid ohne Brot.

Madrid, 20. Mai. Gruppen von Frauen und Kindern durchkammerten gestern die Straßen der Stadt und riefen nach Brot. Polizei und Patrouillen verhinderten die Plünderung der Läden. Trotz der Anstrengungen der Behörden wird heute die Hälfte der Bevölkerung ohne Brot sein. Die Behörden hoffen, daß die Brotversorgung für morgen sichergestellt sei. Von 3000 Bäckern arbeiten nur 200, unterstützt von 300 Freiwilligen.

Minister Hänisch bei Erzbischof Schulte.

Köln, 19. Mai. Der preussische Kultusminister Hänisch hatte sich vorgestern in Köln aufgehalten. Er hatte in der Mittagsstunde eine einstündige Unterredung mit dem Erzbischof Dr. Schulte. Bistümliche kirchliche und schulpolitische Fragen waren Gegenstand der Besprechungen. Nach einer Mitteilung der „Rheinischen Post“ soll eine gewisse Enttäuung in den Hauptfragen erfolgt sein. Demgegenüber wird der „Köln. Volkszeitung“ von unterrichteter Seite erklärt, daß der Kölner Erzbischof die verschiedenen tatsächlichen Besenken dem Vorschlag des Ministers entgegenstellte, laut welchem die Diszidenten in einem besonderen System zusammengefaßt werden sollten. Der Erzbischof vertrat den Standpunkt, daß die gegenwärtige unruhige Zeit eine endgültige Abtrennung seiner Kinder, deren Eltern augenblicklich gegen den Religionsunterricht sind, von den übrigen Kindern noch nicht gestatte. Der Kölner Erzbischof will nur insofern vermitteln, daß er einen vorgeschlagenen Ausweg nochmals prüfen wolle.

Besitzwechsel bei Kölnischen Mältern.

Wie aus Köln gemeldet wird, ist die „Kölnische Volkszeitung“ am 19. Mai in den Besitz der Kölner Otto Wolff übergegangen, hinter der ein Bankensyndikat der Kölner Großbanken steht, die diese Zeitung in eine Aktiengesellschaft umwandeln wollen. Als Kaufsumme werden 3 Millionen Mark genannt. Die bisherigen Verleger A. P. Bachem führen lediglich die Buchdruckerei weiter. Dasselbe Syndikat mit der Firma Wolff hat auch das „Kölnische Nachrichtenblatt“ mit der „Kölnischen Zeitung“ erworben und die alten Aktien soweit erreichbar aufgekauft. Eine Kapitalerhöhung von 12 Millionen Mark soll das Unternehmen auf eine breitere Grundlage stellen.

Keine neue Sparprämienanleihe.

Die Nachricht, daß eine neue Sparprämienanleihe aufgelegt werden soll, wird von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als falsch erklärt.

Die Reichsliste der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei reichte ihre Reichsliste mit folgenden Kandidaten ein: 1. Gustav Stresemann, Syndikus, Charlottenburg; 2. Frau Clara Mendel, Berlin-Tempelhof; 3. Dr. D. Wilhelm Kahl, Geh. Justizrat, Professor, Berlin-Willmersdorf; 4. Wilhelm Dusch, Hofbesitzer, Hertenhausen b. Hannover; 5. Otto Thiel, Verbandsvorsteher der nationalen Angestellten, Berlin; 6. Hugo Stinnes, Industrieller, Mühlheim a. d. Ruhr; 7. Aug. Blauvelt, Bergmann, Wattencheid; 8. Dr. Cuaab, Geh. Regierungsrat, Handelskammerlandhaus, Essen; 9. Heinrich Rippler, Chefredakteur, Berlin; 10. Karl v. Schoch, Generalleutnant a. D., München; 11. Albrecht Morath, Oberpostsekretär, Karlsruhe; 12. Georg Steiner, Gewerkschaftsvorsitzender, Berlin; 13. Heinrich Havemann, Malermeister, Hildesheim; 14. Dr. Marie Bernau, Direktorin, Mannheim; 15. Dr. Friedr. Kalle, Fabrikdirektor, Bielefeld; 16. Friedrich Hart, Landwirt, Ham-buren-Wespe, Kr. Zeddenburg; 17. Hermann Hieselbahn, Oberzollkontrolleur, Hamburg; 18. Helmut Simon, Eisenbahnbetriebsrat, Münster i. W.; 19. Antonie Hoffmann, Lehrerin, Steglitz; 20. Dr. Ernst Baaner, Mathematiker, Dresden; 21. Dr. Paul Vogel, Geh. Rat, Dresden.

Die Beamtenbesoldung in Hessen.

Darmstadt, 19. Mai. Der Landtag trat heute wieder zusammen, um die Regierungsvorlage über die neue Beamten- und Lehrerbefoldung zu beraten. Das Einkommen besteht aus Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzulage und Feuerungszulage. Die Gehälter steigen alle zwei Jahre. Die Aufzugszulagen sind gegen die früheren Bestimmungen bedeutend vergrößert worden. Die Erhöhung gegenüber den früheren Gehältern beträgt 200 bis 300 Prozent in den höheren, 300 bis 400 Prozent in den mittleren und 500 bis 600 Prozent in den unteren Gruppen. Der Jahresaufwand der Neuregelung der Befoldung beträgt jährlich rund 41 Millionen Mark und der gesamte Jahresbedarf 78 742 200 Mark. Die Vorlage wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Lohnbewegung in Oberschlesien.

Die die „Lübische Morgenpost“ meldet, lebten die Arbeitgeber der Oberschlesischen Montanindustrie die neuen Lohnforderungen der Arbeitnehmer ab. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai. Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 10.20 und macht Mitteilung von dem Eingang zweier Gesetzentwürfe.

Abg. v. Röhl (Soz.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, betr. Verwendung der farbigen Truppen in dem besetzten Gebiet.

Bei der Beantwortung dieser Interpellation kommt es während einer Rede der unabhängigen Frau Fieb zu scharfen Szenen. Die beiden Reichsparteien und Mitglieder des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten verlassen den Raum.

Von deutschnationaler Seite wird die Regierung über die Lage in Schleswig interpelliert, wo Danemark in den ihm besetzten Gebieten, entgegen aller Abmachungen, die Kronenwährung einführen will. Der Reichsminister des Innern erklärt, alle Proteste seien bis jetzt nutzlos gewesen.

Der Abg. Goßwein fragt an, was die Regierung zum Schutz der deutschsprechenden Bevölkerung Polens zu tun gedenke. Reichsminister Dr. Röder erklärt, die Regierung sei entschlossen, gegenüber Polen alle verfügbaren Druckmittel anzuwenden, vor allem durch eine Sonderbehandlung der in Deutschland lebenden Polen. In Oberschlesien habe die Regierung die interalliierte Kommission auf die polnischen Verwicklungen aufmerksam gemacht. General Verob habe erklärt, daß kein polnischer Soldat das Abstammungsgebiet betreten werde.

Der Abg. Trimborn stellt eine Anfrage über die Haltung der Regierung zu dem Druck, dem die Bewohner von Cuxen und Malmedy ausgeübt sind. Die Antwort des Reichsministers war auf den gleichen Ton geartet wie die vorhergehenden Antworten: Ohnmacht. Belagen macht, was ihm antut. Es sollen, wie Dr. Röder mitteilt 2500 Personen auf die Ausweisküste geflochten worden sein, 600 Personen seien bereits ausgewiesen worden.

Die Nationalversammlung hat seinerzeit beschlossen, daß der 1. Mai nicht als Feiertag gelten soll. Trotzdem hat die Reichsregierung Beamten und Staatsarbeitern für diesen Tag Urlaub gewährt. Eine Anfrage will von der Reichsregierung Aufklärung über diesen Fall erhalten, aber die Regierung knickt. Trotzdem ist die Anfrage seit drei Wochen kennt, erklärt sie, noch nicht zur Beantwortung bereit zu sein. Das ist gleichbedeutend mit Beweigerung der Antwort, denn die Nationalversammlung wird nun für immer auseinandergehen.

Die Unabhängigen stellen den Antrag, den Belagerungszustand in allen Teilen des Reiches aufzuheben. Reichsminister des Innern Koch spricht gegen diesen Antrag. Trotzdem wird er mit den Stimmen der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokratie angenommen.

